3. Jahrg. Nr. 73. Preis 10,— M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint periodisch wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 9

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 6 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 400 20

Abonnementspreis für Groß-Berlin 90 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 120,— M. monatlich, nach dem Ausland 180,— M. monatlich.

Eroberung der Produktion!

Wir haben kürzlich (KAZ." Nr. 71) an dieser Stelle den scheinrevolutionären und verräterischen Schwindel der sogenannten Produktionskontrolle gerügt und in seinem Charakter als Sicherheitsventil gegen die Revolution entlarvt. "Wir haben gezeigt, daß hier wieder einmal, wie schon so oft, revolutionäre Gefühle und Instinkte der Arbeiterklasse umgebogen und zu konterrevolutionären Zwecken mißbraucht werden. Es wird sich ja noch zeigen, in welchem Umfang diese Parole ihr wahres Ziel, nämlich die völlige Verwirrung des revolutionären Teils der Arbeiterklasse, die Zerstörung ihres Selbstbewußtseins und Selbstvertrauens erreichen wird.

Inzwischen haben wir unverdrossen und mit stiernackiger Beharrlichkeit, unsere Arbeit für den Klassenkampf zu tun, und zwar inmitten gerade derjenigen Arbeiter, die dem süßen Gift der „Produktionskontrolle" zu erliegen drohen. Ihnen haben wir zu zeigen, daß und warum Kontrolle der Produktion nichts, Eroberung der Produktion alles ist. Und wie Furcht und Hoffnung überhaupt die größten Feinde des Menschengeschlechts sind, so haben wir auch hier eine Furcht und eine Hoffnung aus den Herzen unserer Genossen auszurotten, und an beider Stelle die klare Erkenntnis und den unbeugsamen Willen zu pflanzen.

Ausgerottet werden muß die Hoffnung, daß irgendwelche — reformistischen oder revolutionären — Maßnahmen des Proletariats im Hamsterbrechen der Teuerung beseitigen, und den täglich gefüllten Fleischtopf auf den Arbeitertisch zaubern werden. Ebenso aber muß die Furcht ausgerottet werden, daß jeder erfolgreiche Kampf des Proletariats nur ungeheuer steigern dürfe, und daß die Arbeiterklasse schließlich gar nicht imstande sei, die Produktion zu übernehmen.

Zwischen dieser Hoffnung und dieser Furcht hält die „Produktionskontrolle" gerade so recht verlockend die Mitte. Sie will es allen recht machen, tut halb reformistisch, halb revolutionär, will die Arbeiterklasse mit der Verantwortung verschonen, die mit der Uebernahme der Produktion verbunden wäre, und verspricht doch, die Teuerung in erträglichen Schranken zu halten. So was rechtes für jeden, der gerne möchte und nichts riskieren will, die richtige sanfteste Selbstbetriebigung. Wahrer Geschichte sehr ähnlich ist eine Frau und verlangt stürmische und kräftige Liebhaber.

Es ist nichts mit der Hoffnung auf sogenannte bessere Zeiten. Daß das Kapital und der Reformismus, der mit dem Kapital zusammenarbeiten will, uns die Teuerung und den Elend nicht vom Halse halten können, wird nun allmählich mehr und mehr von den Arbeitern begriffen. Aber auch die Revolution kann es nicht rasch und bequem. Denn die Teuerung kommt nicht von den Schiebern und Wucherern — die Schieber und Wucherer schmoren nur an der Teuerung, die ohnehin da ist — die Teuerung kommt von der Zerstörung des Produktionsapparats, vom Produktionsfall, von der falschen, dem Bedarf entgegengesetzten Einteilung der Produktion auf Luxusartikel, auf ein Uebermaß von Produktionsmitteln, auf ruchlosen Kapitalsumschlag und also rasch sich entwertende Produkte — kurz die Teuerung ist ein legitimes Kind der auf die Spitze getriebenen Widersprüche der kapitalistischen Produktion selbst. All diese Zerrüttungserscheinungen aber kann das Proletariat, selbst im vollen Besitz der politischen und wirtschaftlichen Macht, nur in einem längeren gründlichen Umstellungsprozeß beseitigen. (Ohne den Besitz der politischen und wirtschaftlichen Macht freilich kann es überhaupt nichts weiter tun als die Zerrüttung weiter treiben — und selbst von ihr zerstört werden.)

Dann aber darf nicht vergessen werden, daß die Revolution selbst zunächst eine gewaltige Produktionsstörung mit sich bringen muß. Jede Illusion hierüber wäre eine schwere Betörung.

Viele Arbeiter, auch solche, die den Parlamentarismus „verläuft" noch „auswühen" wollen, wissen sehr gut — ja im Grunde seines Herzens wird kein Arbeiter etwas anderes glauben —, daß die Kapitalistenklasse durch keine demokratische Sicherung wirklich wird dazu zwingen lassen, ihre politische Macht gutwillig aufzugeben. Dagegen ist die Vorstellung noch sehr verbreitet, daß der Besitz der politischen Macht genügen wird, die Umstellung der Produktion durch Dekrete von oben her — die Moskauer meinen: mit Hilfe der Gewerkschaften — durchzuführen.

Auch das ist eine Illusion. Die Illusionisten betrieben allerdings zu verspätet. Es wird erstens einmal zu bedenken, daß die Kapitalisten — gewissermaßen mit Hilfe gekaufter und verbummter Proletariermassen — ihren Besitz an den Produktionsmitteln bis aufs letzte verteidigen werden, und daß die politische Gewalt ihrer Existenz keinen Augenblick sicher und überhaupt keine ernsthafte Gewalt ist, solange sie sich nur auf Maschinengewehre und erobertes Kriegsgerätsbilden und nicht auf die eroberte Produktion stützt. Zweitens kann über vorhersehen, daß die Produktionsverhältnisse nur erobert werden können unter Teilnahme der Belegschaften selbst oder wenigstens starker revolutionärer Teile von ihnen, und zwar — vielleicht nicht überall aber an vielen Stellen — nur in erbitterten Kampf gegen das bewaffnete, organisierte und in diesem Kampf ganz rücksichtslose Bürgertum und seine Kleinbürgerschaft, bäuerlichen und sogar proletarischen Hilfstruppen. Drittens und viertens folgt hieraus, daß die Produktionsstätten überwiegend — und die wichtigsten am meisten — in einen kurz „kriegsbeschädigten" Zustand in die Hand des Proletariats gelangen werden und der Gang der Produktion selbst notwendig eine Zeitlang schwer gestört sein wird, und daß überwiegend nur gewisse Arten und Gruppen von Großbetrieben wirklich fest in der Hand zuverlässiger revolutionärer Arbeitertrupps sein werden.

Fernes muß man sich aus allen bisherigen Erfahrungen darüber klar sein, daß in solchen Zeiten vollkommen unberechenbare Störungen eintreten: Daß der Verkehr unterbrochen wird, daß Warenmangel, rapide Geldentwertung, Warenverschiebungen, ungeheure Zuständigkeitsverhältnisse, Plünderungen eintreten, muß klar sein. Aber wo, in welchem Tempo, in welchem Ausmaß — das kann niemand im Einzelnen vorher wissen. Aber es ist Pflicht, alles dies, wenigstens grundsätzlich, ganz klar zu sehen und auch zu sagen: denn dunkel, mit halbem Bewußtsein, ahnt das jeder Arbeiter; und nur der wird für revolutionäre Parolen Gehör finden, der vorweg diese Dinge ausspricht und seine Klarheit gerade hierüber beweist, daß dies alles keine Argumente gegen die Revolution sind.

Es sind keine Argumente. So gewiß man alles dies voraussehen kann, so gewiß kann man auch heute schon die Wege angeben, auf denen die Revolution durch alle diese Gefahren hindurch, und vielleicht durch viele Rückschläge und Niederlagen, doch zum Siege schreiten wird. Mit den großen und vorzüglichen Hoffnungen ist es gar nichts; aber die große Furcht ist auch sinnlos.

Man muß sich nur entschließen, die kommunale Revolution in vollem Ernst als das anzusehen, was sie wirklich ist: als einen Krieg zwischen den Klassen.

Revolution ist der zum offenen Krieg gesteigerte Klassenkampf. Dies muß man verstehen und in alle Konsequenzen durchdenken; dann sieht man Folgendes: In der Revolution muß auch die Wirtschaft in den Dienst des Kriegszweckes gestellt werden; das heißt vor allem, der Gegner muß an Erlangung dieser Zwecksphäre gehindert werden, also: Resistenz, Arbeitsverweigerung, Sabotage hart und dann, wo es noch nicht möglich ist, dem Klassenfeind die Verfügung über die Erzeugnisse der Produktion zu nehmen. Das Zweite ist: die Machtpositionen der Produktion selbst in die Hand nehmen und dem Kriegszweck entsprechend gebrauchen; also zunächst Ernährung, Bekleidung, Bewaffnung, Verkehrswege für die Kämpfenden, für die Rote Armee, sodann Ernährung, Bekleidung usw. für die proletarischen Massen, Einschränkung des Bedarfs der indifferenten Mittelschichten, Abdrosselung der Versorgung für den Klassenfeind.

Diese Grundsätze, mit aller Härte und Entschlossenheit angewandt, sind selbst in einem rohstoffarmen, mit seiner Versorgung auf das Ausland angewiesenen Lande wie Deutschland geeignet, auch über schwere Krisenzeiten und Produktionsstörungen hinwegzubringen. Unter zwei Voraussetzungen allerdings: daß nämlich die Anzahl der entschlossenen kämpfenden Proletarier groß genug ist (es braucht nicht „die übergroße Mehrheit der Arbeiterklasse" zu sein), und daß diese die ersten Stöße rasch genug auf die Ernährung der Nahrungsmittel konzentrieren.

Es versteht sich von selbst, daß diese Art der Kriegführung nur in einem verhältnismäßig kurzen ersten Abschnitt der Revolution durchgehalten werden kann. Der

Die Probe auf die Disziplin

Kohlenpreiserhöhung

In den Vorverhandlungen zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und den Interessenten zur Kohlenwirtschaftserhöhung wurden am Donnerstag folgende Preiserhöhungen vereinbart: Für Industriekohle eine Steigerung von 330, für ungedeckte Hausbrandkohle, Hüttenkoks, Steinkohlenbriketts 398 und Braunkohlenbriketts 354. Die Preise treten rückwirkend mit dem 1. Oktober in Kraft. Ebenso werden die Braunkohlen erhöht, und zwar um 92 Mark, Briketts um 331 Mark.

Eisenpreiserhöhung

Der Deutsche Stahlbund hat auf den 10. Oktober eine Sitzung nach Düsseldorf einberufen, in welcher eine Erhöhung von mindestens 3000 Mark pro Tonne beschlossen werden soll. Es ist jedoch nach der neuen Kohlenpreiserhöhung damit zu rechnen, daß eine Preissteigerung um 5000 Mark vorgenommen werden wird.

Tariferhöhungen

In der Sitzung des ständigen Ausschusses des Eisenbahnrates wurden die Tariferhöhungen mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Die Gütertarife werden ab 15. Oktober um 60 Prozent, die Personentarife am 1. November um 100 Prozent, am 1. Dezember um weitere 50 Prozent. Am 1. Dezember betragen die Personentarife das Dreifache der heutigen Gebühren. Für den 1. Januar ist aber schon jetzt eine neue Steigerung der Personentarife ausgeschlossen.

Der Briefpreis ist vorläufig mindestens auf das Dreifache erhöht worden, doch ist diese Erhöhung den Erhöhungen der anderen Grundstoffe vorausgeeilt. Die Wirkung kann natürlich nicht ausbleiben. Auf Grund der obigen Erhöhungen wird wiederum der Preis für die Umlagepreise erhöht werden müssen. Den Arbeitern gibt man natürlich ein paar Hunderttausendstel mehr. Auf Grund dieser „Lohnerhöhungen" werden dann wieder die Preise erhöht. Daneben steigt der Dollar so ganz sicher und gleichmäßig. Die deutsche Industrie muß natürlich, um nicht zum Stillstand zu kommen, durch den Sturz der Mark eine neue Konjunkturmöglichkeit schaffen. Dann gibt es infolge der Entwertung der Mark wieder „Lohnerhöhungen" und auf Grund dieser „Lohnerhöhungen" neue Preiserhöhungen so lange, bis die Weltmarktpreise wieder erreicht sind, und die Geschichte beginnt von neuem. Eines schönen Tages werden dann die deutschen Proletarier mit Hundertmilliardenmarkscheinen ausbezahlt werden, und werden sie sich aufs Brot legen können, denn die Preise werden in die Millionen gehen. Ist das Wucher? Wenn ja, dann müßte eigentlich die Regierung durch die von ihr selbst geschaffenen Wuchergesetze verurteilt werden, denn sie tanzt ja diesen Reigen mit. Es wird nicht mehr lange dauern, dann werden die Unternehmer die Herren Reichsräte einladen zur „Kontrolle", damit sie sich überzeugen können, daß die Industrie nur auf diese Weise arbeiten kann, oder es tritt der große Riesenbeschluß ein, und der ganze Zinnober kommt zum Stehen. Das letzte Mittel ist — in Deutschland ist dies schon ausprobiert — die „gleitende Lohnskala". Mit dieser „Errungenschaft" wird der letzte Graben genommen werden. Dann kommt das neue Mittel daran, endgültig. Die „Produktionssteigerung". Bücher, der Referent des Reichsverbandes der deutschen Industrie, meint das so:

Die Mitte, durch Arbeit wieder frei zu werden, müsse als oberster Leitsatz anerkannt werden. Die erste Forderung sei deshalb Wiederherstellung und Oekonomie auf allen Gebieten. Erst wenn durch ein Zeit der Feststätte in Zahlungsbilanz ausgeglichen werde, könne man an den zweiten wesentlichen Punkt, die Stabilisierung der Währung herangehen. Diese sei nur im Stadium ansteigender Wirtschaft möglich. Durch Mehrleistungen würde die deutsche Industrie auch in die Lage versetzt, ihre Lieferpflichten einzuhalten, was im Interesse unserer Auslandsgläubiger unbedingt zu fordern sei. Der jetzige Zustand lasse uns wertvolle Absatzgebiete verlieren. Da wir für Rohstoffe und Lebensmittel Devisen brauchen, müssen wir die Ausfuhr fördern.

Die Herren Betriebsräte werden sich überzeugen können, daß es nicht anders als auf diese Weise möglich ist, die kapitalistische Wirtschaft aufrechtzuerhalten! Nur keine Angst, die Zeit wird kommen, wo ihr mit eurem großen Maul vor den Dingen steht wie der Ochse vor dem neuen Scheunentor, und dann in eurer Bornertheit, weil ihr ja nur der Revolution selbst mehr Angst habt als der Angst vorm Wasser, dem Proletariat bestehte zumuten werdet, wie Bücher. Aber Regierung, Gewerkschaften, Betriebsräte und Kapital, alle werden sie den „Bücher" bekämpfen.

Bis jetzt konnte die kapitalistische Arbeitsdisziplin noch nicht entscheidend erschüttert werden. Gewiß war die Not bis jetzt furchtbar. Aber viele deutsche Proletarier haben eben noch immer Angst vor der „Katastrophe", sie wollen sich nicht ins „Unglück" stürzen lassen — dabei übersehen sie geflissentlich, wie ihre Kinder von der Schwindsucht hingerafft werden. Sie handeln noch mit irgend etwas und schicken ihre Frauen zum „Karoffelstoppeln" und in den Eisenbahnzügen brüsten sie sich dann mit ihrem Raub, „wenns ganz schlimm kommt".

Jedoch der Sturm bricht heran und wird diese „Disziplin" auf eine immer härtere Probe stellen. Letzten Endes reicht all dies doch nur aus, um den Hungertod hinauszuschieben.

Der kapitalistische Wirtschaftsapparat wird trotz der Betriebsräte, trotz der Gewerkschaften, trotz der „einigen" sozialpatriotischen Partei zu Stocken geraten, und die gerissensten Mechaniker, die größten Demagogen, die ausgebufftesten Schieber werden ihn nicht mehr in Gleis bringen. Dann wird auch jene Disziplin reißen, jener Glaube an das Kapital.

Für uns jedoch heißt es mehr denn je, die Kräfte anzuspannen, um stets und stündig gerüstet zu sein.

Es geht ums Ganze!

Jede Hoffnung ist Verrat!

Jeder Klassenbewußte Arbeiter liest und verbreitet die Kommunist. Arbeiterzeitung

die Arbeiten des letzten Kongresses der KAI. und gab bekannt, daß der letzte Kongreß der KAD. nach reiflicher Prüfung bisherige Stellungnahme, einnahm, wie die KAPD. und Union.

Diese Versammlung, die keine Uebertrumpelung sein sollte, um in den Berliner Arbeitern Stimmung anzurufen, war eine Ableistung für die „Proletarische — ist haben gar nicht den Versuch gemacht, daß sie ihre Ideen, die sie haben, auf der Versammlung nicht den Versuch gemacht — weil weil ihnen der Schrecken in die Knochen gefahren ist von dem Mitgliederbeschluß der KAD. daß diese Dreiecksbund nicht erwartet hat, sich laut Plakate als KAPD. und Union zu bekennen, und die anderen, wie sie es in ihrem Größenwahn eine Zeitung mit dem Maul taten als — ausgeschaffen zu bezeichnen. Es war auch kein „Sieg" über die „Gegner". Es war eine ziemlich geruhsame, mit Ausnahme des Finanzdirektoren Sach, der, weil er die Sozialisten bezahlt hatte, sich etwas aufregte, und im großen Bogen hinausflog — endgültige Erledigung einer Epidemie in weiter Oeffentlichkeit. Laut Entschließung beginnt sich die Arbeiterhalb anderen Tages nach Spandau. Wir wünschen ihnen gute Reise.

Aufgaben der Union

Unter furchtbaren Zuckungen der Gesellschaft vollzieht sich der Todeskampf der bürgerlichen Ordnung. Ihr Untergang zieht immer weitere Kreise. Sprunghaft verschlechtert sich die Lage der Kleinbürgerschaft. Zum Aufstand wächst Not und Elend. — Die Gesetze der sicheren Gesellschaft wanken. Der ökonomische Bau ist in seinem Fundament erschüttert. Es kracht und bersten im Gebälk. Die Welle der Empörung steigt. Langsam aber sicher wird eine Erniedrigungsturme der Revolution überwunden. In wachsendem Maße löst sich der Bann aller eingefressener Ideologien und schlaftrunkener Wünsche von der Arbeiterschaft. Eine Aufgabe wird unbedingt wie die liebgewordenen vorrevolutionären Kampforgane mit ihrer Taktik. Immer größer wird die Zahl derjenigen, die in den Gewerkschaften den Rettungsanker des Kapitals erkennen, und den parlamentarischen Schwindel durchschauen. Die begreifen, daß die meisteweit hinter den wirklichen Verhältnissen folgenden politischen Massen den Bersinken der Lohnsklaven nur einen Einhalt tun, und daß bei den lokalen Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum die Arbeiter auf der Strecke bleiben.

Die Union hat nicht die Aufgabe, das banderotte Erbe der Gewerkschaften anzutreten und in den Massen der Enttäuschten neue Illusionen über die Lohnkämpfe zu wecken. Ohne daß sie dabei Gewehr bei Fuß steht oder als bloßer Zuschauer erscheint, der es den einzelnen überläßt, wie er sich dazu stellt. Sie ist die werdende Klassenorganisation des Proletariats, die mit der Partei aus der halben eine ganze Revolution machen will. Selbst ein Kind der Revolution, lebt sie nur mit und durch sie. Die Union kann ihre Aufgabe nicht darin sehen, innerhalb der untergehenden Gesellschaft in Kleinbürgertum-pazifistischer oder gewerkschaftlich-reformistischer Art mit Illusionen zu der Schlaftuerei herumzudoktern. Alle diese Versuche sind ein Verrat an der Revolution und damit am Wesen der Union. Ihre Aufgabe ist die endgültige Beseitigung der Lohnsklaverei überhaupt und die Durchführung der sich daraus ergebenden Notwendigkeiten.

Die herrschenden Klassen wälzen die Wirkungen des Zerfalles der Warenproduktion auf den Rücken der Arbeiter ab. Das ist der Sinn der Lohnkämpfe, wo man den Proletarier dem das Kapital Fleisch und Blut des Proletariats frißt, um neue Lebensmöglichkeiten für sich zu gewinnen. Die sichersten und besten Zutreiber bei diesem Geschäft sind die Gewerkschaften, die ihre höchste Aufgabe darin erblicken, den Arbeitsfrieden zu erhalten, damit die Ruhe und Ordnung nicht gestört wird.

Brechen durch den wachsenden Druck, der auf den Hungerleidern liegt, die Dämme, so müssen diese Kämpfe von ihrem theologischen Kaulquappenschwanzchen befreit werden. Die Unionsgenossen müssen Solidarität. Dies östliche Gut darf nicht zerschlagen werden, wie es jetzt durch die Gewerkschaften geschieht, indem sie mit den gemeinsten Mitteln gegen die Unionsgenossen vorgehen. Die Union hat keine besonderen von der proletarischen Klasse getrennten Interessen. Wenn es schon, daß ist vorwurfende Moral einer absterbenden Klasse mit ihrem Pesthauch den Gedanken der Solidarität auch bei den Arbeitern verpestet und einen schrankenlosen Egoismus erzeugt. Um so mehr sollen sich die Unionsgenossen Schulter an Schulter mit den Kollegen stellen. Aber jede Solidarität kann nur eine dünnige und kritiklose, die den Kampf des Kampfes nicht führt. Es ist Lassalleiarität, die darauf hinweist, daß, so richtig es ist, den Kampf aufzunehmen, doch nur Augenblickserfolge errungen werden, die in demselben Moment, wo sie erzielt sind, durch den ehernen Gang der Wirtschaft wieder ausgeglichen werden, und daß infolgedessen der Kampf nur einen Zweck hat, wenn er um endliche Beseitigung des Privateigentums und Ueberführung der Produktionsmittel in die Hände der proletarischen Klasse geführt wird, daß die Parole lauten muß: nicht Reformierung des Lohnsystems, sondern Abschaffung desselben und Eroberung der politischen Macht. Dieses Ziel muß Hand in Hand mit der Partei die leitende Richtschnur bei den Auseinandersetzungen sein. Inwieweit diese Politik von Erfolg gekrönt wird, hängt natürlich nicht allein von dem Wollen und Können der Union, sondern auch von anderen Faktoren ab; so vor allem von der Stärke des Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse. Aber alle, vor allem in der proletarischen Revolution eintretende Prüfungen des Proletariats, dürfen die Union ebenso wenig dazu verleiten, dem Opportunismus der Massen nachzugeben, als wie in selbstmörderischer Verbohrung mit den Hunden, die in der Hofentäuschen von Wege zu stehen und zuzusehen, wie der Wagen der Arbeiterbewegung immer mehr im Dreck versinkt. Man kann die verfeinerten Dinge nur zum tanzen bringen, indem man ihnen ihre eigene Melodie vorspielt. Die Union als Klassenkampfinstrument muß führend und kämpfend mit der Revolutionsstandarte marschieren.

Die republikanische Demokratie ist weiter nichts als der staatspolitische Schleier, um die brutale Frage der kapitalistischen Diktatur zu verhüllen. Ja, sie ist die vollendetste Form der Herrschaft der Bourgeoisie. Ungeschmälert von Monarchie und Junkertum gewährleistet die republikanische Demokratie einen ununterbrochenen Profitflegen. Der Sieg der Revolution erfordert den Sturz der kapitalistische Diktatur vermittels der proletarischen Diktatur, Zertrümmerung der republikanischen Demokratie und Schaffung einer Räteordnung.

Die Räte sind der neue organisatorische Ausdruck der kommenden Gesellschaft und ihre Träger, durch sie fließt die lebenspendende Kraft nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben, bis durch die gegenseitige Wechselwirkung eine innige Verschmelzung erfolgt ist. Aber schon während der Revolution schafft sich und muß sich das Proletariat solche Organe schaffen, die den Keim der Räteorganisation bilden, und bei fortschreitenden Klassenbewußtsein sich im Kampfe stählen und entwickeln, die zugleich Ausdruckorgane der neuen Ordnung und Kampforgane der entscheidenden Schlachten sind.

In der KAI. hat sich die Vorhut der Arbeiterklasse die praktische Grundlage dieser Erkenntnis geschaffen. Sie steht auf dem Boden der Diktatur der Arbeiterklasse, ausgeübt durch die Räte, und in ihrem inneren Aufbau trägt sie diesem Prinzip Rechnung. In ihr bekommt das Verhältnis zwischen Masse und Führer ein ganz anderes Gesicht. Jeder Versuch eines abgegrenzten Kanzeinflüngels, in proletarischer Art die Macht an sich zu reißen und die Organisation zu einem Werkzeug persönlicher Theorien und abstrakter Spekulationen zu machen, ist in seinen Anfängen zum Scheitern verurteilt, während in den mit dem Kapitalismus aufgewachsenen und verbundenen Gewerkschaften die Bureaukratie alle Machtmittel des Apparates in der Hand hat und selbst gegen den Willen der Mitglieder diese nach ihrer Pfeife tanzen läßt.

Der sich überstürzende Verrat der Gewerkschaften, das reaktionäre Gebiet der parlamentarischen Parteien in Verbindung mit der anschwellenden Verelendung der Gebiete, peitscht die Massen auf. Es ist Pflicht der Union, alles zu tun, daß die in Bewegung geratenen Proletarier nicht als Klassenatome einen unfruchtbaren individuellen Kampf führen oder als indifferente Masse das Schiff des Klassenkampfes unnütz beschweren und der Solidarität schwere Wunden schlagen, vielmehr muß deren Gewicht als Klasse in die Waagschale der Revolution gelegt werden. Dabei braucht die Union keineswegs in marktschreierischer Weise zu brüllen: „Bei uns sind die Götter". Sie weiß, daß das Werden des Unions- und KAPD.-Geistes, diesen Durchbruch des Denkens, das Wuß der gewerkschaftlichen Gemeinheiten und parlamentarischen Verräterein keine leichte Sache ist. Doch gilt es, den Prozeß zu fördern, indem man denen, die auf der Brücke stehen, praktisch und organisatorisch die neuen Ufer weist, ohne sie über die Schwierigkeiten und Anforderungen im Unklaren zu lassen, um so den entschlossenen und kampferprobten Teil des Proletariats organisatorisch zu stärken und den Endkampf siegreich zu führen.

Mitteilungen

4. Bezirk. Am Freitag, 6. Oktober findet in der Schul-Turnhalle Müller- Ecke Drittstraße die Bezirks-Mitgliederversammlung, die am letzten Freitag ausgefallen war, statt. Erscheinen aller Mitglieder unbedingte Pflicht. — Bezirks-Ökonom.

13. Bezirk. Freitag, den 6. Oktober 1922. Anfang abends 8 Uhr, pünktlich, Mitgliederversammlung bei Kies, Wassiff. 23, 2. Hof.

17. und 18. Bezirk. Am Freitag, den 6. Oktober keine Bezirks-Versammlung.

Bezirksmitgliederversammlungen für Groß-Berlin

1.—7. Oktober: Partei-Abteilungsversammlung. — 8.—14. Oktober: BO.-Funktionärversammlung. — 15.—21. Oktober: Partei-Bezirks-Mitgliederversammlung. — 22.—28. Oktober: BO.-Bezirks-Mitgliederversammlung. 29. Oktober bis 4. November: Partei-Abstimmungsversammlung. — 5.—11. November: BO.-Funktionärversammlung. — 12.—18. November: Partei-Bezirks-Mitgliederversammlung. — 19.—25. November: BO.-Bezirks-Mitgliederversammlung. — 26. November bis 2. Dezember: Partei-Abteilungsversammlung. — 3.—9. Dezember: BO.-Funktionärversammlung. — 10.—16. Dezember: Partei-Bezirks-Mitgliederversammlung. — 17.—23. Dezember: BO.-Bezirks-Mitgliederversammlung. — 24. bis 29. Dezember Frei-Woche.

Ostung der KPDS.

Kulturarbeit „Krumme Lanke": Liste 3663 A 781, Liste 3664 A 119.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Biers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: Druck- und Kunstdruckerei, Berlin S. 42, Dresdnerstr. 199.

Mißlungene Eröffnungsvorstellung der Internationale 2½

Daß es sich darum handelt, zunächst realistisch niemandem im voraus zu sagen, was die Internationale Partei nach der Vereinigung KAPD. und KAI. Die Mitglieder der KAPD. und KAI. waren eines Tages an einigen Zäunen, daß die KAPD. und KAI. eine „öffentliche Kundgebung" mit „in- und ausländischen Referenten" veranstalte, und, da ihnen von seiten der Partei und Union nichts davon bekannt war, gingen sie natürlich hin. Dabei Dabei konnten sie natürlich finden, daß, wenn eine revolutionäre Organisation eine „Kundgebung" hat, daß schließlich auch die Mitglieder davon gehören.

Ort: Berlin „Charlottenburg". Zeit: 2. Oktober 1922. Die Mitgliedschaft hatte Gelegenheit dazu sich ein, und da es immerhin ein einen schlechten Eindruck machen würde, wenn Veranstaltungen der Partei und Union von Nichtmitgliedern der Organisationen geleitet würden oder nahm natürlich eine von der Mitgliedschaft gewählte Versammlungsleitung, die sich aus in den Sinn, daß Selbst gewählt schließlich die geringste Geschichte auf einem Mißverständnis beruhen sollte, so ist eine öffentliche Versammlung in der heutigen Zeit keine mögliche Arbeit, auch, wenn sie unter außergewöhnlichen Umständen stattfindet.

Daß die Geschichte sollte sich bald aufklären. Als der Saal schon ziemlich gefüllt war, erschienen plötzlich ein paar von der KAI. ausgeschlossene Leute und fragen — man höre und staune — wie sich die KAPD. und Union nun die Dinge denken, da doch der Saal von Ihnen bevölkt sei. Der einfache Himmel, daß doch auf den Plakaten stehen KAPD. und KAI., und die Frage: ob etwa bei ihnen ein Zweifel bestände, wer dieselben sind, schal sichtliche Verwirrung. Man legte ihnen nahe, etwaige Zweifel gelteend zu machen. Sie unterließen dies — so ging man fort.

Der Stoßverlauf ist folgender: In Berlin tagte der „zweite Kongreß der Dreiecksbund" schon zum zweiten Male. Seit der Gründung dieser Dreimännerinternationale hat das Proletariat über die Dinge, die mit ihm vorhat, selbstverständlich noch nichts gehört. Da sollen nun die Beschlüsse, die man gefaßt hatte, bei einer Tagung von „in- und ausländischen Referenten" dem Proletariat bei den Ohren mitteilen, ist selbstverständlich nach Art der Herrschaften überflüssig, deshalb „Kundgebung" eine Diskussion. Da man eine „Internationale", auch einen solchen Stoßkuß, nicht ohne Organisation vorbereiten kann, verlegt man auf den für diese Leute selbstverständlichen Gedanken, daß die KAPD. und KAI. ausgeschen, man hat ja schon den Namen der Zeitung gestohlen, warum soll man nicht mit Gebrüll und List den Namen der Partei stehlen können.

Man hat anscheinend gehörig gelogen und wollte nun aber mußte etwas zeigen, den Genossen gegenüber, denen man stets vorgeschwindelt hat: „das gelamte Reich hinter Essen". So entstand dieser Zigeunerzirkel.

Der Referent, der den Thema: „Die Verstaunung des Proletariats und seine Befreiung" behandelte, fing keinen Zweifel darüber, von wem sich das Proletariat zuerst befreien müsse, nämlich von jenen Begglagern der Revolution, denen die Sache der Arbeiter gerade gut genug ist, diesbezüglich ist das Schmuggelgut, das bei den Schmuggeln vor, diese Leute ein für allemal zu entfernen, und ihnen die Maske vom Gesicht zu reißen, und das Proletariat aufzuklären über die Gründe, die zum Ausschluß dieser Leute führten, so ist das geschehen. „Die KAI. und Union wird verfolgt, weil sie die Verzweiflung und ihre Folge nicht von Revolutionsphrasen beschmutzt und behabelt wird, und wird siegen, daß ihr Selbstbestimmungsrecht und Organisationsprinzip keine Phrasen sind, und sie wird mit einer Kampfansage über jene hinwegsehen, die nicht für, sondern von der Revolution leben wollen, und zu diesem Zwecke vor keiner Gemeinheit und vor keiner Lüge zurückschrecken, um sich in Ruhe und Ordnung, daß sie ihnen eine öffentliche Versammlung mit Diskussion. Nach einer Diskussion, die sich um „Bürgerkrieg" und „Bolschewismus" drehte, wurde eine Resolution angenommen, die sich mit dem Problem der „Internationale" eingehend befaßte. Der Referent unterstrich unsere Stellung her. „Nicht eine Internationale von ein paar Personen, die nach ihren Statuten nur sich selbst aberwitzen können, sondern die KAI. muß erwachsen von unten auf nach dem Prinzipien, nach den Erfahrungen der Revolution, nicht von Moskau, Moskau, das ist sehr schlecht, sondern eine Internationale der Tat, der Revolution.

Als erster Diskussionsredner sprach sodann ein vor nicht allzu langer Zeit aus dem Gefängnis entlassener Genosse für „Glewer". Er war, das war klar zu sehen, natürlich gar nicht unterrichtet über das, was so ist. Er sprach gegen „Bolschewismus" und über das Programm der KAI. und KAPD. Er wußte sich sagen lassen, daß wir seine Ausführungen vollständig akzeptieren, daß aber eine Aufgabe erwünscht wäre über die Artikelserie schreiben „Bolschewismus". Aus Nr. 10 wurde dann dieser höhere Wildhirsch verlesen — sein Mensch ging darauf ein, trotz Aufforderung. Es scheint übertrieben, als wenn die paar ehrlichen Elemente aus seinen Gesinnungsnomenten handeln würden, die sich ein Bärschen als Sonn Aschmann, der unter Zwangsmarsch einsprach, daß es sich um eine Kleinigkeit oder zu sagen gern Sprecher auseinandersetzen. „Der ausländische Referent" von Holland, schien vollends die Dinge zu verlernen, kam es Diskutierte über Fragen, die die KAPD. längst verzehrt hat, und gleichzeitig die Wirklichkeit der KAPD. kam — wie er — erst laufen. Von der berühmten neuen „Arbeitsgemeinschaftsfrage" wußte er natürlich nichts. Konnte natürlich dazu auch nichts sagen, er überspitzte dies wie alle anderen alles übertrieben, was ihnen — nicht zu knapp — aufs Butterbrot geschmiert wurde und rieben — gegen „Bolschewismus". Ein Jugendgenosse berichtete im Auftrage der KAPD. über diese Fragen über

Jeder Klassenbewußte Arbeiter liest und verbreitet die Kommunist. Arbeiterzeitung

die Arbeiten des letzten Kongresses der KAI. und gab bekannt, daß der letzte Kongreß der KAPD. nach reiflicher Prüfung bisherige Stellungnahme, einnahm, wie die KAPD. und Union.

Diese Versammlung, die keine Uebertrumpelung sein sollte, um in den Berliner Arbeitern Stimmung anzurufen, war eine Ableistung für die „Proletarische — ist haben gar nicht den Versuch gemacht, daß sie ihre Ideen, die sie haben, auf der Versammlung nicht den Versuch gemacht — weil weil ihnen der Schrecken in die Knochen gefahren ist von dem Mitgliederbeschluß der KAD. daß diese Dreiecksbund nicht erwartet hat, sich laut Plakate als KAPD. und Union zu bekennen, und die anderen, wie sie es in ihrem Größenwahn eine Zeitung mit dem Maul taten als — ausgeschaffen zu bezeichnen. Es war auch kein „Sieg" über die „Gegner". Es war eine ziemlich geruhsame, mit Ausnahme des Finanzdirektoren Sach, der, weil er die Sozialisten bezahlt hatte, sich etwas aufregte, und im großen Bogen hinausflog — endgültige Erledigung einer Epidemie in weiter Oeffentlichkeit. Laut Entschließung beginnt sich die Arbeiterhalb anderen Tages nach Spandau. Wir wünschen ihnen gute Reise.

Ausgaben der Union

Unter furchtbaren Zuckungen der Gesellschaft vollzieht sich der Todeskampf der bürgerlichen Ordnung. Ihr Untergang zieht immer weitere Kreise. Sprunghaft verschlechtert sich die Lage der Kleinbürgerschaft. Zum Aufstand wächst Not und Elend. — Die Gesetze der sicheren Gesellschaft wanken. Der ökonomische Bau ist in seinem Fundament erschüttert. Es kracht und bersten im Gebälk. Die Welle der Empörung steigt. Langsam aber sicher wird eine Erniedrigungsturme der Revolution überwunden. In wachsendem Maße löst sich der Bann aller eingefressener Ideologien und schlaftrunkener Wünsche von der Arbeiterschaft. Eine Aufgabe wird unbedingt wie die liebgewordenen vorrevolutionären Kampforgane mit ihrer Taktik. Immer größer wird die Zahl derjenigen, die in den Gewerkschaften den Rettungsanker des Kapitals erkennen, und den parlamentarischen Schwindel durchschauen. Die begreifen, daß die meisteweit hinter den wirklichen Verhältnissen folgenden politischen Massen das Bersinken der Lohnsklaven nur einen Einhalt tun, und daß bei den lokalen Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum die Arbeiter auf der Strecke bleiben.

Die Union hat nicht die Aufgabe, das banderotte Erb

[illegible] dringt, wie jeder andere Krieg, nur in noch [illegible] Maße, einen einfachen etwas plumpen Verteilungsapparat [illegible] Ernährungsamt, eine Ausnutzung der Notlage und Profitgeilheit zu reinen Machtzwecken, eine Behandlung der Wirtschaft mit bilettantischem Zwang. [illegible] Etwas beratungen hält jede Wirtschaft nur eine gewisse Frist [illegible] aus. In der Revolution kann diese Frist verlängert werden, wenn die breite Masse des Proletariats vom Kampf [illegible] und von der Hoffnung auf Sieg beflügelt, freiwillig die Nöte auf sich nimmt, die ein solcher Kriegskommunismus notwendig erzeugt, wenn sie beginnt, sich als die produktive Klasse zu fühlen, die zum erstenmal beginnt, für sich selbst zu produzieren und dadurch ihre Kräfte verzehnfacht.

Trotz alledem muß sofort, nachdem die proletarische Macht auch nur in den allgemeinsten Umrissen befestigt ist, die Produktionspolitik nicht nur ihre Methoden zu ändern beginnen. Dann muß an die Stelle des politisch-diktatorischen Zwanges in gewissen Grenzen der klug geleitete Mechanismus wirtschaftlicher Maßnahmen treten. Hierüber ein andermal.

VSPD. und Brotwucher

Die Agrarier haben von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie das Gesetz betreffend die Getreideumlage mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln sabotieren werden. Sie haben in aller Oeffentlichkeit ihren Organisationen Instruktionen zur Umgehung dieses Gesetzes übermittelt, sie haben einen umfangreichen Preisfeldzug zur Beeinflussung der sogenannten öffentlichen Meinung in die Wege geleitet — wobei ihnen die großkapitalistischen Zeitungen nach jeder Richtung gern behilflich waren, denen eine Handvoll Wucherer — kurz und gut, sie haben nicht unversucht gelassen, ihren wucherischen Forderungen den genügenden Nachdruck zu verleihen. Der Erfolg, aber Mißerfolg, je nach der Seite von der man an die Dinge herangeht, blieb denn auch keineswegs aus. Von den nach dem Umlagegesetz abzuliefernden 2 Millionen Tonnen Getreide sind bisher erst 123 000 Tonnen zur Ablieferung gelangt, gegenüber einer Menge von 400 000 Tonnen zur gleichen Zeit des Vorjahres. Das ist geradezu katastrophal wenig. Die Agrarier machen die weitere Lieferung von Getreide von einer vielfachen Erhöhung des mit 6000 Mark für die Tonne Roggen gesetzlich festgelegten Preises abhängig. Da die Regierung des Großkapitals, in der zur Beruhigung der Arbeiterklasse auch einige stubenreine Arbeitervertreter ihren, keine Veranlassung hat, den aufsässigen Agrariern mit irgendwelchen Machtmitteln des Staates zu Leibe zu gehen, so beschloß sie zunächst einer noch später festzusetzenden Erhöhung des Umlagepreises für das erste Drittel ihre Zustimmung nicht zu versagen.

Das war ein Schlag gegen das Proletariat, wie es krasser kaum gedacht werden kann. Die Bereicherung schreitet vorwärts, und wenn der wahnsinnige Wucher auf das notwendigste Nahrungsmittel des Volkes, aufs Brot übergreift, dann wird schließlich auch dem unpolitischen Arbeiter der Geduldsfaden reißen und er wird versuchen, allein in die Geschicke des Staates einzugreifen. Diese Aktivität kann sich aber nur ausschließlich gegen die demokratisch-republikanische Staatsform richten, sofern sie überhaupt von dem ehrlichen Willen zur Befreiung der Arbeiterklasse getragen ist.

Die SPD. war bier mit ihrer Erfüllungspolitik, mit ihrer ekelhaften Liebedienerei dem rücksichtslosen profitlustenden Kapital gegenüber in eine Sackgasse geraten. Dazu kam noch, daß die Parteitage von Augsburg, Gera und Nürnberg vor der Tür standen, daß man die Unabhängigen, die in der Phraseologie noch einen Schein radikaler waren, ebenfalls offiziell mit vor den Erfüllungswagen spannen, sie in die eigene Partei mit einbeziehen wollte. Da die SPD. keinen anderen Ausweg wußte, so griff sie illus und skrupellos zur radikalen Phrase und schrie in alle Welt hinaus, daß

Gr. öffentliche Versammlung

am Dienstag, den 10. October 1922, abends 6 Uhr, in Grossmanns Festsäle, Hammerstraße

Thema:

Die Rolle der Gewerkschaften in der proletarischen Revolution und was will die allgemeine Arbeiter-Union?

2. Diskussion.

sie auf keinen Fall einen derartigen Wucher zulassen könne. Sie sprach vom Ausscheiden aus der Regierung und was dergleichen wohltönende Gesten noch mehr sind. Der „Vorwärts" füllte seine Spalten mit Antiwucherartikeln seitenlang, wochenlang. Die neue vereinigte sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß denn auch demgemäß einstimmig an der Höhe des Umlagepreises für das erste Drittel festzuhalten. Und das alles bis — ja — bis — der Augenblick des Umsatzes kommt. Und dieser Augenblick kommt bestimmt, und bald, denn es läßt sich eine kapitalistische Wiederaufbaupolitik nicht ohne die nötigen Profite vollziehen. Schon wird gemeldet, daß sich die sozialdemokratischen Minister bei der Abstimmung über die Regierungsvorlage zur dreifachen Erhöhung des Getreidepreises im Reichskabinett der Stimme enthalten haben. Sie haben also nicht dagegen gestimmt. Sie sind jedenfalls der Meinung, daß ein dreiviertelstündiges Rondbienspiel völlig genügend sei, um dem Proletariat viel Sand in die Augen zu streuen, daß es den Umsatz ihrer „verbliebenen Führer" gar nicht mehr sieht. Die Offensive gegen das Proletariat — auch seitens der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands — ist in vollem Gange. Die endgültige Entscheidung wird in wenigen Tagen fallen und kann absolut nichts Ueberraschendes bringen.

Der demokratische Pressedienst meldet beispielsweise schon, daß sich die Reichsregierung nur für eine Herabsetzung des Preises für das Umlagegetreide entschieden habe, trotzdem die agrarischen Organisationen noch bedeutend mehr fordern. Er nimmt an, daß höchstwahrscheinlich die ganze Angelegenheit aus der politischen in die nächstere rechtserische Atmosphäre gerückt wird. Falls das gelingt, soll der Reichstag voraussichtlich erst Anfang oder Mitte November wieder zusammentreten, da andere wichtige Entscheidungen sonst nicht vorliegen.

Das bedeutet doch weiter nichts, als eine rücksichtslose Diktatur der herrschenden Klasse innerhalb der seltern der VSPD. st. Aktionsprogramm soviel gerühmten demokratischen Republik, die es nicht einmal mehr für nötig hält, wenigstens der Form halber das Parlament zu betragen. Man wagt das jedenfalls um so eher, als die VSPD. hindurch ihren Mitgliedern gegenüber einer peinlichen Situation entboben wird. Nämlich ihren Umsatz öffentlich zu dokumentieren. Sollte wider Erwarten der Reichstag dennoch zusammentreten, so ist ja die VSPD. gezwungen, zu ihren Worten zu stehen oder umzufallen. Und zu dem Zweck werden dann „zufälligerweise" mal wieder nur 10 Abgeordnete im Hause sein, so daß die Annahme der Regierungsvorlage dennoch mit großer Majorität erfolgen kann. Man wird keine Mitglieder aus der Regierung herausziehen und man wird entgegenkommenderweise der Bourgeoisie den Gefallen tun, und allgemein bei im Kommen mit einer Opposition zu erwartenden Hungertrauelle jetzt keine Regierungskrise heraufbeschwören. Denn gerade in solchen Zeiten braucht die Bourgeoisie die Bourgeoisie die VSPD.-Leute, weil dieselben ganz ausgezeichnet gegen die Arbeiterklasse zu regieren verstehen.

Wie liegen denn die Dinge in Wirklichkeit? Doch so, daß die VSPD. auf keinen Fall in der Lage ist, irgendwie ernsthaft gegen den Wucher vorzugehen. Und zwar aus dem sehr einfachen Grunde, weil der Kapitalismus innerhalb der heutigen republikanischen Staatsform, die ein Zeichen seiner unumschränkten Vormachtstellung und seiner weit vorgeschrittenen Konzentration ist, den Profit in demselben Maße weiter steigern muß, als sich seine Absatzmöglichkeit und damit als Folgerscheinung seine Produktion verengert. Unaufhaltsamer Konkurrenz ist schon längst der höheren Form der Ausbeutergemeinschaft den Syndikaten, Trusts und Kartellen gewichen. Wucher ist unter den jetzigen Umständen nicht nur eine erlaubte, sondern für den Fortbestand der kapitalistischen Wirtschaftsform dringend notwendige Erhöhung seiner Profitrate. Dieselben Voraussetzungen treffen selbstverständlich auch auf das Agrarkapital zu.

Dagegen ist mit irgendwelchen kleinen Reformen natürlich nicht anzurennen. Hier hilft nur der mit vollem Bewußtsein geführte Klassenkampf. Da die VSPD. aber von letzterem nichts wissen will, sondern es im Gegenteil vorzieht, Hand in Hand mit dem Unternehmertum für den kapitalistischen Wiederaufbau einzutreten, so ist sie notwendigerweise auch gezwungen diesem Kapitalismus die nötigen Mittel — und wenn es auch dreist Wucher ist — zu bewilligen. Die ganze Geschichte ist sehr einfach und logisch. Die VSPD. muß aus ihrer ganzen politischen Einstellung heraus — ganz abgesehen von der ungeheuren Korruption, die natürlich auch ein wesentliches Teil dazu beiträgt — für eine noch weit schärfere Ausbeutung des Proletariats eintreten, weil sie bereits der Auffassung, daß der Weg zum Sozialismus nur über die wiederhergestellte kapitalistische Wirtschaftsform geht. Ergo muß sie auch dem Agrarkapital die nötigen Betriebsmittel zur Verfügung stellen, muß alles beschaffen auch auf eine möglichst ausreichende Bezahlung der Umlagegetreides bringen und damit gleichzeitig ihr Wucherpreise für Brot eintreten. Wenn das in keinem Fall und vielleicht in einer verschärften Form geschieht, so ist nichts deshalbweniger die Tatsache nachgewiesen, daß die VSPD. keinen Kampf gegen die Ausmuckerung des Proletariats führen kann und will. Und daran werden die neuen unabhängigen Brüder, die ja in ihrer Mehrzahl feierlichst gelobt haben innerhalb der VSPD. ihre bisherigen Grundsätze nicht aufzugeben, auch nichts ändern. Denn ihre Grundsätze waren von einer derartigen Art, daß sie immer nur von einem Umfall bis zum nächsten hielten.

Politische Rundschau

Rettet die Gewerkschaften?!

Die KPD. wird die Geister, die sie rief nicht wieder los. Ihr „Hinein in die Gewerkschaften" wirkt nur noch komisch, um so mehr, da sie selbst die Gewerkschaften im Grunde auch Boden verurteilt. Der Gedanke der Union faßt langsam aber sicher Fuß, und unsere Regierung tut das Übrige, den Arbeitern das Wiederkommen türkisch der KPD. vor Augen zu führen. Vor den schweren Verlusten der Gewerkschaften will jedoch auch Stinnes „leise" Arbeiter bewahren, und so erzählt wirklich in Deutschland keine parlamentarische Partei mehr, die nicht heftig „hinein in die Gewerkschaften". In der „D. A. Z." vom Freitag, den 29. September, Abendausgabe, hingt ein Lintenfisch des Industriekapitals folgendermaßen ab der bösen Gewerkschaftsgegnerschaft:

„Vor allem aber seien die Arbeiter dazu entrungen, daß sie bei diesem Kampf um die Existenz ihrer Berufsorganisationen, der Gewerkschaften geht. Wie die kommunistische Arbeit bisher überall nur Trümmerhaufen geschaffen hat, so würde sie auch die Gewerkschaften nur zerstören, aber nicht aufbauen können. Die deutschen Arbeiter werden immer mehr dazu gedrängt, auf ihre Berufsorganisationen, die unsere Industrie mehr aus Herz gewachsen als jede politische sogenannten Arbeiterparteien. Da sie zu glauben wird auch, daß sich die Arbeiterschaft energisch zur Wehr setzen wird, wenn sie, wie es ihre Absicht ist, den Kampf um Lohnerhöhungen und Vergesellschaftung die Kommunisten zu Gunsten ausnutzen."

Nein, die KPD. will so auch keinen „Trümmerhaufen". Wir sagen es jedoch mit aller Schärfe: wir wollen den Trümmerhaufen der kapitalistischen Ordnung. Und daß die Front von der KPD. bis Stinnes die Arbeiterschaft vor der Kommunistischen Arbeit, ist — gelinde gesagt — ein Hohn. Es heißt Tabak, und heißt heißen: Um das Proletariat in der Ohnmacht zu erhalten, dazu müssen die Gewerkschaften erhalten bleiben. Daß das denen den Proleten heute das Maulkorb paßtet, daß seine Ausbeuter Wasser gerade machen für Tage „Kommunismus" der Kinder gerade, ist wirklich fauf, und sollte auch die KPD. Proleten doch etwas nachdenklich stimmen. Doch die „Rote Fahne" sich in dieser Gesellschaft sehr wohl fühlt, darüber wundern wir natürlich nur Kenner, die den von den Mitmachern annehmen, daß sie den Kohl, den sie jeden Tag verzapfen, selbst glauben.

Ueber Klassenjustiz

Hölz und die KPD.

Die Parole „heraus mit den politischen Gefangenen" ist mittlerweile eingereiht worden in die parlamentarische Musik der KPD. Man holt sie hervor, wenn man sie gebraucht, und stellt sie zurück, wenn die Konjunktur für eine andere Walze günstiger ist. Wer das Verhalten der KPD. während ihrer ganzen Laufbahn verfolgt, wird zu der Erkenntnis kommen müssen, daß sie gerade mit den politischen Gefangenen von Anfang an ein übles Spiel trieb. Wie in allen Fragen, so spekulierte sie auch bei dieser Angelegenheit stets auf die Gedankenlosigkeit des Proletariats. Die Hauptsache für sie ist stets das Geschäft.

Es dürfte noch für jedermann erinnerlich sein, daß das berüchtigte „Amnestiegesetz" in einer gewissen Verbindung mit dem „Gesetz zum Schutze der Republik" von den „drei sozialistischen Parteien" eingebracht wurde. Der Entwurf des Gesetzes, der auch von der KPD. mit unterzeichnet ist, verbietet bei hohen Gefängnisstrafen jede antirepublikanische Propaganda. Damals hat die KPD. schon dokumentiert, daß jeder, der kein Demokrat ist, und öffentlich ausspricht, daß die Arbeiterklasse nur dem Untergang entgehen kann, um den Preis des Sturzes der demokratischen Republik ins Auchthaus gehört. Daher der seine gesunden fünf Sinne noch beisammen hat muß klar sehen, daß durch die Unterschrift unter diesen Entwurf (der sich nicht wesentlich von dem angenommenen Gesetz unterscheidet) allen denen, die sich als ehrliche Revolutionäre bekennen ein Recht auf „Amnestie" abgesprochen ist. Hinzu kommt noch, daß das „Amnestiegesetz" unabhängig von dem Gesetz zum Schutze der Republik ist und deshalb auch Hölz erst endgültige Verurteilung aller wirklichen Revolutionäre, und das Einverständnis mit den Gewerkschaften, daß eine Teilung in „gemeine" Verbrecher — das sind die Proletarier, auf die es die Bourgeoisie hauptsächlich abgesehen hat — und politische Verbrecher, vorgenommen werden soll. Daß die KPD. gegen das „Gesetz zum Schutze der Republik" zuletzt noch stimmte, war eine doppelte Schlechtigkeit. Erstens ist der Entwurf dasselbe, und zweitens hat sie für das „Beamtendisziplinargesetz" gestimmt, für das im Gegensatz zum ersteren ohne die KPD. keine Mehrheit vorhanden war. Mit dem Fall der zweigenannten Vorlage fiel auch das Gesetz zum Schutz der Republik. Die KPD. hat sich direkt und indirekt für die Republik entschieden und gegen die Revolution. Ihr Geschrei „Heraus mit den politischen Gefangenen" ist genau so verlogen, wie ihre Gesamthaltung überhaupt. Eine Partei, die sich so offen für die demokratische Verfassung einsetzt, hat ein für allemal das Recht verwirkt, sich für seine Gegner der Republikt einzusetzen, dies ist erbärmliche Heuchelei.

Seit dieser Zeit tutiert nun trotz alledem das Geschrei um Max Hölz. Wir wollen es dahingestellt lassen, was die KPD. durch ihre Abgeordneten Hölz alles vorgeschwindelt hat; über die wahren Ausschten, die für seine Befreiung bestehen. Wir wissen nur eine eine, daß diese Herren Abgeordneten andere Genossen der KAPD. ständig zu überreden suchten zur KPD. überzutreten, oder wenigstens aus der KAPD. auszutreten, um die Brandlerische Linien zu beziehen. Wer sich daran erinnert, wie sich die KPD. gegen Hölz verhielt, im Kampfe, und ihre Haltung, die nur eben kampfsüchtig, verfolgt, der wird zum mindesten berechtigte Zweifel hegen darüber, ob es dieser KPD. ernst ist mit ihrem Geschrei. Für die KPD. ist eben alles Geschäft. Ist sie in der Lage, einen „Erfolg" zu erzielen auf ihre Art, so ist sie die Partei, die sich sehr gleichgültig. Dann geht es nicht mehr um die Befreiung selbst, sondern um der „Anklagerung" der VSPD. Dies geht schon aus ihrem neuesten Trick hervor. Sie verpreßt im Namen Moskaus für die Auslieferung von Hölz den Sozialrevolutionär Timofejew. Dieser Trick birgt ein solches Maß an Niederträchtigkeit und Demagogie, daß er schlechterdings nicht mehr überboten werden kann.

Erstens ist dieser T. nach Ansicht der 3. Internationale zu „Rad" verurteilt? Wen ja, so ist seine Freilassung ein Verbrechen an Proletariat, ganz davon abgesehen, daß ein solcher Menschenhandel eine brutale Verhöhnung derjenigen bedeutet, die mit dem Proletariat gemeinsam gekämpft haben und nicht für wert befunden werden, ausgetauscht zu werden. Auch von ihnen befinden sich noch eine Reihe in den Kerkern der von der KPD. geschätzten Republik. Sie haben wohl nach Ansicht der KPD. nicht den Namen, der mit Erfolg propagandistisch zu verwerten ist?

Zweitens weiß die KPD., daß die Gewerkschaften und die VSPD. als eine bürgerliche Partei nicht darauf eingehen. Und gerade darum ist wohl der Vorschlag gemacht. Das Elend der politischen Gefangenen ist diesen Leuten gerade gut genug, den „Massen" ihren „guten Willen" zu zeigen, hinter dem die allerschäbigste Grimasse steckt. Die Aufregung, die man darüber benutzt, daß jene Verschollen von der VSPD. Hölz als gemeinen Betrecher, verzeichnen ist schon dadurch gerichtet, daß, wie wir am Anfang bemerkten, dieselbe KPD. durch ihre Haltung dies selbst getan hat, und jeden Tag bemüht ist, diesen Leuten die Massen zuzutreiben um „hinein in die Gewerkschaften".

Wir hören schon die Antwort, die einige Hanswürste ebenfalls als Spekulation auf die „Massen" bei der Hand haben, wenn wir ihre Namen nennen, so?

Wir sagen, daß uns einer so lieb ist wie der andere von alle denen, die noch hinter Kerkermauern sitzen, daß es sich aber nicht darum handelt, ein Geschäft mit einzelnen zu machen, mit dem man diesen Opfer, daß man für diese Geschäftszwecke für geeignet findet, den schlechtesten Dienst erweist, weil man auch da Illusionen weckt. Wir sagen ferner, daß man sich darüber klar werden muß, ob man auf den revolutionären Kampf verzichten will, oder nicht. Wir meinen dies nicht. Daraus ergibt sich ganz von selbst, daß bei jedem mißlungenen Versuch, die Ketten der Lohnsklaverei zu brechen weitere Opfer fallen werden so lange, bis das Proletariat in seinem Klassenkriege siegreich ist, und die Macht hat, den Spieß umzudrehen. Die Frage der Klassenjustiz ist die Frage der proletarischen Revolution und ihres Triumphes über die Bourgeoisie. Und so lange das Proletariat nicht siegreich ist, werden nur die Gesichter wechseln in den Kerkern.

Es ist ein grober Unfug, die Arbeiter in ihrer Zeigheit dadurch zu bestärken, daß man sie ihrer Pflicht entbindet gegenüber ihren Klassenbrüdern in den Zuchthäusern durch eine „einstimmig angenommene Resolution". Im Gegenteil, gerade heute muß dem Proletariat immer und immer wieder zum Bewußtsein gebracht werden, daß es die Schuldigen sind, die den Feind die proletarischen Brüder zu Tode martern lassen, nicht nur in den Zuchthäusern, sondern auch außerhalb in „Freiheit". Die ins uferlose steigenden Schmutzschichtsgehalten sind wahrhaftig Zeichen genug für die, die noch in „Freiheit" leben.

Die Zuchthaustore sprengen, heißt die eigenen Fesseln sprengen, heißt Kampf bis zum Aeußersten gegen eine Klasse, die nur um den Preis der Vernichtung des Proletariats weiter existieren kann, heißt Sturz der kapitalistischen Ordnung, heißt Sturz der demokratischen Republik, heißt Diktatur des Proletariats!

ADGB. hilf!

Die Regisseure des Betriebsräteruummels bekommen immer mehr Angst vor der eigenen Kutsche. Der Termin des Betriebsrätekongresses rückt heran, und damit auch der Termin der Bankerotterklärung. Denn daß von diesen Betriebsräten, die andererseits auf die Gewerkschaften schimpfen, und zu gleicher Zeit sich selbst als die „besten" Gewerkschafter empfehlen, nichts anderes zu erwarten ist, als grober Unfug, dürfte wohl bald jedem Kinde klar sein. So hat sich laut „Rote Fahne" auch in Hamburg ein Kontrollausschuß gebildet. In der Bildungsresolution heißt es:

„Die am Donnerstag, den 28. September tagende Versammlung der Betriebsräte Groß-Hamburgs gibt hiermit dem Schritt der Berliner Betriebsräte ihre Zustimmung. Sie billigt die Einberufung des Reichsbetriebsrätekongresses durch den Reichsausschuß der Betriebsrat und erklärt, alles tun zu wollen, um den Reichsbetriebsrätekongreß zustande kommen zu lassen. Sie billigt zugleich die von den Berliner Betriebsräten aufgestellten Forderungen und wählt zur Durchführung derselben einen Kontrollausschuß aus 15 Betriebsräten. Sie fordert vom ADGB., vom der SPD. und der KPD. die Unterstützung dieses Kontrollausschusses und ersucht die obengenannten Organisationen, je zwei Delegierte mit beratender Stimme in den Kontrollausschuß zu entsenden, um mit ihm dafür zu sorgen, daß er in Hamburg ebenso wirksam wird.

Helft eurer Presse!

Die revolutionäre Presse muß einen schweren Kampf um ihre Existenz ausfechten. Jeder Genosse muß helfen, finanzielle Mittel zu schaffen.

Die KAPD. Groß-Hamburg hat einen Vertrag ins Leben gerufen, der durch Vertrieb von politischen Postkarten und Bildwerten Gelder für die „RKZ." aufbringen will.

Bisher sind erschienen:

Bilder aus der Republik (pol. Karikaturen):

1. Die Republik ist in Gefahr. 3 Mark.
2. Ein Bonze spricht. 3 Mark.
3. Hohenzollern-Ersatz. 3 Mark.

Vorkämpfer der Arbeiterklasse:

1. Karl Liebknecht (Original-Linoleumschnitt). 3 Mark.
2. Rosa Luxemburg (Original-Linoleumschnitt). 3 Mark.
3. Max Hölz (Photographie, Postkartengröße). 10 Mark.
4. Johann Knief (Photographie, Postkartengröße). 10 Mark.

Wandbilder:

Karl Marx, Friedr. Engels (Original-Holzschnitt) auf gutem Karton 22 mal 28 Zentimeter. Pro Stück 30 Mark.
Bei Abnahme von 10 Stück an 25 Prozent Rabatt.
Partei- und Unionsgenossen! An die Arbeit! Helft!

Bestellungen und Kostenbeitrag an
Arbeiter-Verlag (Gustav Lange-Feld), Hamburg 22, Kühnerort 54.

Es hängt also vom ADGB. ab, ob dieser Kontrollausschuß tot, als Hanswurst der Gewerkschafter, oder nicht „anerkannt" wird, und kreiert. Ein Bauer bleibt eben ein Bauer, ob er im D-Zug fährt, oder auf dem Mistwagen. Und ein richtiger deutscher Betriebsrat bleibt Betriebsrat und hängt sein Lied: „Da wir leben oder sterben, so sind wir der ADGB."

Nachtwächter

Es gibt verschiedene Methoden, die Massen zu verdummen, die eine ist, daß man auf seinen Einfluß pocht, die andere ist, daß man das Gegenteil sagt, als Einschüchterungsmittel für die kapitalistischen Handlangerdienste. Gegenwärtig, nachdem der „Vorwärts" die „Freiheit" verschlucht hat, wendet der „Vorwärts" wieder die zweite Methode an, damit die hungernden Proleten wissen, warum die große Partei nichts tut. In der ersten Sonntagsausgabe schreibt nämlich Dittmann was der demokratische Staat ist, er beginnt:

„Während unsere nationalistischen Haß- und Hetzapostel a la Helfferich nicht müde werden, die Erfüllung der Forderungen gegen die Entente, besonders gegen Frankreich, zu erzwingen suchen, knüpfen wir die kapitalistischen Scherfrer des bestehenden Wirtschaftsfolgen, die Stinnes und Genossen, im Kilen die ersten Begleitungen zu den Kapitalsgrößen des verstärkten „Reinhardsbund" an. Nachdem Hugo Stinnes zunächst in London versucht hatte, einen riesigen Bestandteil des deutschen Nationalvermögens zu Spottbedingungen, an das angelsächsische Kapital zu verschenken, hat er jetzt durch seinen bekannten Vertrag mit Lubersac eine Allianz mit seinem französischen Zwillingsbruder geschlossen. Dabei ist zur höheren Ehre des Profits die deutsche Reichsregierung ausgeschaltet worden. Das Kapital etabliert sich immer unverhüllter als Herr des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Lebens und wirft die demokratisch organisierte Staatsgewalt in die Rolle des Nachtwächters."

Selbstverständlich kann ein deutscher Sozialdemokrat zu keinem anderen Schluß kommen, als zu dem, daß es in Deutschland und auch in den anderen Ländern noch nicht genug von diesen Nachtwächtern gibt, und daß das internationale Proletariat sich wieder der Gründung der kapitalistischen Profitinteressen des Kapitalismus zusammenschließen darf zum Kampfe mit der Macht, sondern es muß diese Nachtwächterorganisationen weiter aufrauen. Der „Vorwärts" war bis jetzt eine einigermaßen einwandfreie kapitalistische Zeitung. Durch den Ruf „Da wir leben" der den „Vorwärts" nach „links" treiben soll tritt eine Wandlung ein, wie es eben nicht anders sein kann, von einer bürgerlichen Zeitung zu einem schlechten Wirtshaus.

Die „Kinderreichen"

Der bürgerliche Pressedienst meldet:

„Der Reichskanzler Wirth hat letzthin die in der Professorenversammlung im Zirkus Busch gewählte Abordnung des Bundes der Kinderreichen aus allen Gauen Deutschlands in Anwesenheit von Vertretern der Ministerien empfangen. Nachdem ein Vertreter des Bundes die furchtbare Not der kinderreichen Familien geschildert hatte, betonte der Reichskanzler, daß es der Regierung nicht möglich sei, so zu helfen, wie sie gerne wollte. Immerhin sei es ersichtlich, mit den Parteien Fühlung zu nehmen und an den Reichstag heranzutreten. Die Ministerien würden gerne mit der Organisation der kinderreichen Familien zusammenarbeiten."

Zu bedauern sind eigentlich nicht die eiten Eiel, die in ihrer Not gleichlich noch mit Professorenfamilien in gegenseitiger Liebe einen Verein gründen und eine Abordnung zum Reichskanzler schicken. Die werden mit dem Rausch zugrunde gehen, ohne daß ihnen ein Tatsächlich aufgeht. Zu bedauern sind sie von denselben die Welt gehen Kinder leben, deren Eltern Kinder ein Objekt der Schmutzschicht ist, und deren Geist von den Eltern vertötet wird.

Hurra!!!

Militärwoche beim Reichspräsidenten!

Wie die „B. Z." meldet, geht ab 1. October am Dienstgebäude des Reichspräsidenten eine Woche des Reichsheeres auf. Es muß immerhin ein Trost für die Obersteifsteuerbeschwerten sein, wenn sie in ihrem Jammer ausfen, daß ihre Bonzen „zu den höchsten Ehren emporsteigen".

Wirtschaft

Der Bankerott der Stadt Berlin

Aus dem Städtchen Köbejün bei Halle a. S. kam Mitte September die Nachricht, daß ihm die Uebersandgenrate das Licht abgeschnitten hatte, weil die Stadt bankrott ist und ihre Schulden nicht begleichen kann. Die Bewohner sitzen im Dunkeln und können über die Vorzüglichkeit der kapitalistischen Profitwirtschaft nachdenken.

Berlin ist auch bankrott, aber es leuchtet noch, da wir einen „reinsozialistischen" Magistrat haben, in welchem große Proleten sitzen. Und so gut sich niemand selbst am Schopf aus dem Sumpf ziehen kann, kann sich auch niemand selbst das Licht abgeben. Berlin hat nicht nur die Helligkeit in Erdpotzt, sondern auch die Elektrizitätswerke in eigenem Besitz. Dafür bezahlt der „reinsozialistische" Magistrat armen Witmen das Licht und Kochgas ab, weil sie es nicht restlos bezahlen konnten und — unterstützt sie mit dem wucherischen Betrage aus städtischen Steuern, da ihnen mit dem Licht auch die Arbeitsmöglichkeit genommen wurde. Es geht nichts über „Sozialismus".

Ueberhaupt trieft der Magistrat neben der Weisheit von „Sozialismus", Krankenpflege- und Lehrpersonen in städtischen Anstalten bezieten im Monat Oktober 1922 neben sogenannter Kost und Logis noch 250 Mark monatlichen Lohn! Versicherungsbeiträge abgezogen (diese gehen vom Barlohn aus) für den für Kost und Logis berechnete Betrag ab) bleiben 169 Mark übrig. Im Oktober 1923! Das ist der „Sozialismus" der schon seit 3 Jahren „marschiert". Damit die „reinsozialistische" Stadt Berlin überschuldet, beschloß der Magistrat am 13. September 1. die Einstellung aller Hach- und Tiefbauten in der ganzen Verwaltung, ohne Rücksicht darauf, ob das Material schon beschafft ist oder nicht; 2. eine sechswöchentliche Schließung der Volksbadeanstalten im Winter zur Ersparung der in dieser Zeit nötigen Heizungsmaßnahmen; 3. die Zusammenlegung sämtlicher Oberklassen in den städtischen Schulen. Endlich beschloß der Magistrat einen Kurzarbeitsplan für die „RKZ." aufzustellen, um Angestellten und Arbeiter auf allen Gebieten auf größte Sparsamkeit zu halten, um wenigstens die notdürftige Aufrechterhaltung der städtischen Hauswirtschaft zu ermöglichen.

Die Berliner Stadtbibliothek will die Regierung (die „sozialistische") aus dem Marstallgebäude hinauswerfen, weil zwei Großbanken, die mehr Miete zahlen, dort einziehen. Eine neue Bibliothek kann wegen des Ueberflusses an Dollars nicht beschafft werden. Wahrscheinlich wird sie geschlossen, um die Sparsamkeit und den Sozialismus zu fördern. Auch der Stadtbahnpark ist wohnungslos geworden, weil die Darmstädter Nationalbank ihn „kaufte" im Magistrat für 1,250 Millionen Mark abgekauft hat. Schließlich schieben die Darmstädter und die Nationalbank noch die Erwerbslosen „fürsorge" aus den Marstall. Um noch mehr zu sparen, hat der Magistrat Postanschlußgebühren städtischer Angestellten vorgenommen. Natürlich wird man sich die Mitgliedsbücher sehr genau ansehen, denn es werden immer mehr Gewerkschaftsfunktionäre verfolgt. Die kleinen Leute mit den großen Aktenleichen, die immer schreien „Hinein in die Gewerkschaften", die im Schätzungsausschuß als Geschäftsführer, Referenten, Assistenten, ohne Unterschrift gefunden haben, haben gewiß lange Finger gemacht, wenn sie nicht genügend schaffen. Ein solches Beispiel hat man hinausgeworfen.

Die städtischen Werke, Elektrizität, Gas und Wasser, sind in fürchterlicher Verfassung und technischer Verwahrlosung, wie eine Broschüre aus 1 Jahr erschienen ist, bewiesen hat. Die Arbeiten trotzt mird nichts verschenkt; die Werke sind nur noch irgendwie einen Brustteil der Verkrüppelt zu produzieren, obwohl die Arbeitsleistung der Arbeiter gesiegen ist. Um den Dollar auszuweichen, ist der Preis für ein Kubikmeter Wasser von 3,50 Mark auf 10 Mark erhöht, den Gas von 8 Mark auf 23,30, die Straßenbahnpfahl von 8 Mark, einige Tage 10 Mark, auf 15 Mark und schon berechtigt man, 20 Mark zu nehmen. Der durch die Erhöhung eintretende Rückgang wird das Defizit noch vermehren, das schon jetzt, für die ersten 9 Monate, rund 3,250 Milliarden Mark beträgt. Die vorgeschlagene Erhöhung der Grund- und der Gewerbesteuer wird natürlich voll auf das Proletariat als Mieter und Lohnempfänger abgewälzt. Um so besser läßt es sich dann „kämpfen gegen die Teuerung".

Ein gewaltiges Loch in den städtischen Säckel hat das Filmkapital der Stadt durch die vorübergehende Schließung der Kinos gerissen. Nicht nur das der Magistrat auf die Lustbarkeitssteuer verzichtet hat, hat er noch ein großes Einbuße durch den Verbrauch des elektrischen Stromes und durch die Unterstützung der 5000 Mitgestellten.

Dieser „Sozialismus" ist lukrativ. Der Profit steigt und die Posten vermehren sich für diejenigen, die so tapfer gegen den Kapitalismus und die Gewerkschaften kämpfen. Die große Proletariermasse freuen sich, daß der „Sozialismus" marschiert und vermehren Hungers. Wie das Statistische Reichsamt (in dem eine große Masse Gewerkschaftsfreier untergebracht ist) mitteilt, ist der Deutsche ADGB. und Genossen bei der Berechnung der „gesetzlichen Grundlohnsätze" dagegen hing in den ersten 8 Monaten dieses Jahres die Steigerungen von 28 auf 25,8. Das sind mehr als 12 Prozent! In Berlin liegen die Verhältnisse noch bedeutend schlechter. Da übertrifft die Steigerungen die Gehaltsaufsätze in jener, daß eine Rückgang um fast 40 Prozent festgestellen ist. Die Bevölkerung Berlins hat sich um 3000 Personen vermindert in den ersten 3 Monaten 1922!

Es lohnt sich, dieser „Sozialismus" in Staat und Gemeinde. Er schafft Posten für alle, die nicht in den Gewerkschaften unterzubringen werden können und die nicht bei Hitler sind. Er sorgt für die Gewerkschaften und für die für „Arbeiterregierung" (denn alle wollen auf ein) und „Schlichtungsabkommen und Tarifverträge mit verlängerter Arbeitszeit und geringen Löhnen. Da die Proletarier immer noch nicht einsehen, daß sie sich von den Gewerkschaften hingetzt, haben diese gar nicht mehr nötig, durch die Presse zu jammern. In der Nr. 15 der Betriebsräteprüfung schreibt der ADGB. ziemlich deutlich: „Was den Arbeiterstand von zwei Personen, wenn beide Teilen sich einig sind, nicht mehr vorkommen der beiden Person von Staat beschlagnahmt werden muß."

Deshalb Proletarier, stärkt die Gewerkschaften, schickt die Republik, hungert und verreckt, denn das ist „gewerkschaftliche Disziplin." Die Arbeiter in den „gemeinnützigen Betrieben sind ein nicht zu unterschätzender Faktor im proletarischen Befreiungskampf sowohl als auch gegen denselben, so lange sie sich in den Händen der demokratischen Konterrevolution befinden. Auch sie werden sich entscheiden müssen: entweder für den Tod, für die Gewerkschaften, oder für die Revolution, für den Kommunismus.

Sinkender Absatz — steigender Profit

Nach einer Mitteilung der oberfränkischen Handelskammer sind in der Porzellan-Industrie Arbeiterentlassungen vorgenommen worden. Kurz- und Feierschichten eingelegt. Das Ausland bleibt mit seinen Bestellungen schon seit geraumer Zeit hinter den gewaltigen Erwartungen zurück und das Inland wird täglich weniger kaufkräftig für das im Preise ansteigende Porzellan.

Die Aktrolier Vorzellanfabrik schüttet laut Bilanz 180 Proz. Dividende aus. Der Profit ist in Wirklichkeit noch viel höher, da die Gesellschaft Aktien ohne Bezahlung herausgegeben hat, die an der Dividende beteiligt sind. Ferner hat die Firma für 6 Millionen Mark Aktien im Tresor, für die sie noch den heutigen Kurs rund 150 Millionen Mark Dividende erhält. Der Profit beträgt tatsächlich mehrere hundert Prozent.

Betriebseinschränkung

Die württembergische Textilindustrie hat sich infolge des Rohstoffmangels zu zeitweisen Betriebseinstellungen genötigt gesehen. Für die nächste Zeit ruht der Betrieb am Samstabend vollständig. Weitere Einschränkungen sind ins Auge gefaßt worden, da sich auch die Bestellungen schon rückläufig bewegen.

Die Ettlingener Kattunmanufaktur A.-G. hat mit einem Aktienkapital von 1,5 Millionen Mark 25 Millionen „verdient“! Aus Textilingen wird gemeldet, daß die größte Schuhfabrik am Platze, eine der größten Süddeutschlands, von dieser Woche an nur vierzehntägig Tage wöchentlich arbeiten läßt.

Wachsende Arbeitslosenzahl

Die früh einsetzende Saisonarbeitslosigkeit, die unsichere Geschäftslage verursachen weiter die Zahl der Arbeitsuchenden, wie das Landesarbeitsamt Rheinprovinz mitteilt. Die um diese Zeit sonst verstärkte Saisonnachfrage des Schuhbedarfsgewerbes hat noch nicht eingesetzt. Die Notlage des graphischen Gewerbes verursachte Buchdrucker, berufsfremde Arbeit zu suchen. Die Textilindustrie schränkt weiter ein, ebenso die Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

In der Eisen- und Metallindustrie, im Maschinenbau und im Walzwerk- und Hüttenbetrieb geht die „Konjunktur“ zurück. Die deutsche Eisen- und Stahlaussuhr geht zurück.

Bergbau

Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung erließ an die ihm unterstellten Organe eine Bekanntmachung, wonach der Bedarf an ungelernten Bergarbeitern für den Rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau in den letzten Tagen stark zurückgegangen ist und Zuweisungen von Arbeitslosen daselbst nicht mehr erfolgen sollen. Das Überfüllsbetriebsamt hat schon seine sogenannte Wirkung für Kapital und Gewerkschaften. Der Hauptzweck war ja, die arbeitslos gewordenen Proletarier aus dem Bergbau fernzuhalten, damit sie in anderen Industrien beschäftigt werden.

Zimmerhin scheint sich nach den Berichten, daß im Bergbau Menschen aus den überfüllsbetriebe „Selbstschutz“ und sonstiges dunkles Gesindel eingeschmuggelt würden. Der Zweck ist sehr durchsichtig. Bestätigt wird er durch einen Artikel der Bergarbeiterzeitung Nr. 26, worin behauptet wird, daß ehemalige Offiziere in schnellstem Tempo zu Steigern herangebildet werden. Der Bergschulbirektor der Bergschule Bochum bestätigt in der Bergarbeiterzeitung diese Meldung. Unter den Augen der Gewerkschaft werden „Selbstschutze“ der Grubenkarte herangebildet. Alles was die Gewerkschaften bisher unternommen, heißt in der Bergarbeiterzeitung: „Was gedenkt die Bergbehörde zu tun?“

Die Antwort ist nicht schwer. — Die Bergbehörde will dasselbe tun wie die Gewerkschaften und das Kapital: Die Proletarier ihre zu machen, wenn es so weit ist.

Gleitende Preisskala

71 Prozent im September

WTB. Berlin, 5. Oktober.

Infolge der anhaltenden starken Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse, ist die vom Statistischen Reichsamt festgestellte Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Nahrungsmittel, Heizung, Erleuchtung und Wohnung) im Durchschnitt des Monats September auf 41 976 gegenüber 7020 im August gestiegen. Die Steigerung gegenüber dem Vormonat beträgt somit 61,8 v. H. Die Indexziffer für die Ernährungsausgaben im Monat September ist 47 517 berechnet worden. Die Steigerung gegenüber August mit 55,2 v. H. Eine bedeutend stärkere Veränderung ist für die Bekleidungsausgaben festgestellt worden. Die Indexziffer für die Bekleidungsausgaben beträgt für September 29 000 gegenüber 12 371 im Vormonat. Die Steigerung mithin 136,8 v. H. Unter Einschluß der Aufwendungen für Bekleidung berechnet sich die Reichsindexziffer für September auf 13 519. Die Steigerung gegenüber der Augustziffer von 7765 beträgt danach 71,5 v. H.

Aus der Partei

Bericht von der Zentralausschußsitzung

(Schluß)

(Die Ausführungen über „Aufgaben der Partei“ sollten eigentlich am Anfang des Teils des Berichts in voriger Nummer stehen. Wir bitten unsere Genossen, deshalb das Versehen zu berücksichtigen. D. R.)

Aufgaben der Partei

Der Genosse B. hat in seinem Referat ein ziemlich deutliches Bild von der Lage des Kapitals bewußt, als auch von der Arbeiterklasse gegeben. Es ist nicht meine Absicht, über die Aufgaben der Partei in der proletarischen Revolution zu reden, auch nicht über die internationale Krisenlage. Die Frage ist nur, ob wir im ganzen und gemeinsam, die gewaltige Tatsache, die bedeutender Umfang, auf der Tagesordnung. Ich will mich beschränken auf die Aufgaben, die sich aus der momentanen Situation ergeben, für die Partei Deutschland, als auch für die Union.

Die Politik, daß das Proletariat unter sich nicht marschiert, hat uns natürlich nicht hindern, zu sehen, daß immer größere Massen in Bewegung zu ihren Gewerkschaften gerieten. Diese Bewegung findet ihren Ausdruck in der sogenannten Betriebsrätebewegung. Es richtig es ist, daß die ganze Geschichte bei den Proletariern eine Illusion, bei den Bourgeoisien ein Augeltreter Betrug ist, so richtig ist es aber auch, daß der Gegensatz zwischen den Gewerkschaften und den Arbeiterräten sich täglich verschärft. Das Verhältnis zwischen beiden wird verlangen, daß sich Betriebsräte von den Betrieben umgeben, wenn auch die Herren Betriebsräte sich prompt als „Gegenkörperschaft“ konstituieren. Neben der Aufgabe, ganz die schändlichsten Parteien und die verbrecherischen Politiker der Gewerkschaften bloßzustellen, ist es eine der wichtigsten Aufgaben für uns, den Arbeitern vorzumarschieren, daß sie auf dem kleinen Wege sind, von den Betrieben aus und gegen die Gewerkschaften vorzugehen, daß die Arbeiter jetzt noch genügend Zeit haben, die Gewerkschaftsführer aus den Betrieben herauszuschmeißen, daß die Organisation im Betrieb unverändert ist mit der von den Gewerkschaften und daß die einzelnen Betriebsräte sich mit Recht gegen die Partei und Union ist die Forderung zu stellen, den nächsten Betrieb aufzubauen, und nachzumachen, daß nur die betreffende Tat ein Anfang ist. Die Not ist in diesem Falle der Bruch mit den Gewerkschaften und ihren Führern. Hier ist höchste Aktivität von Partei.

Es wird oft über die Frage diskutiert, ob wir alle, die zu uns kommen, in der KPD. aufnehmen sollen. Diese Frage ist nicht von der Bedeutung, die ihr zugeschrieben wird. Nur allen Leuten, die Vorwürfe über die Aufnahmepraxis machen, sollen wir sagen, daß wir Gewerkschaftsmitglieder ist, bei uns möglich sein. Immer müssen wir betonen, daß die KPD. und die Union eine Kampfgemeinschaft ist, daß wir eine Partei sein müssen, daß wir eine Partei sein müssen, für die Revolution zu arbeiten, bedeutet, daß das Proletariat seine Geschicke selbst in der Hand hat.

In einigen Bezirken möchte die Union schnell, und das quantitative Anwachsen hält nicht immer Schritt mit der theoretischen Vertiefung der Mitgliedschaften. Wir dürfen diese Gefahr nicht unterschätzen. Aber hat vor allem die Partei eine große Aufgabe. Wir müssen alle Kräfte, Kräfte unserer Sympathisanten und Nichtmitglieder, und ihre ganze Kraft einsetzen, um durch ihre intensives Wirken innerhalb der Union ihre Pflicht zu tun. Voraussetzung ist allerdings, daß sie selbst geschulten und klar ist. Kurze müssen eingerichtet werden, und jeder einzelne Genosse muß beweisen, daß er ein tüchtiger Unionist ist.

Wir brauchen nicht zu glauben, daß wir von der Revolution überrascht werden. Sollte sich die Lage überraschend schnell zuspitzen, so wird schon jeden von uns auf den Posten finden. Aber es erwachsen bei diesen Aufgaben keine Schwierigkeiten, die früher nicht von Bedeutung waren wie heute, daß ist die ungeheuerliche Steigerung der für alle Propagandaa notwendigen Dinge (Zeitungen, Flugblätter usw.). Das Eingehen der „RZ.“ wirkt, einen schweren Rückschlag bedeuten für die ganze Organisation. Die Erhaltung der Zeitung bildet heute auf ungeheure Schwierigkeiten. Wir müssen alles versuchen, die „RZ.“ zu halten, auch in der Zeit der Stagnation. Für die innere Festigung und Durchbildung der Mitgliedschaften von Partei und Union ist unsere Zeitung eine der Hauptmassen mit, ganz davon abgesehen, daß sie die stärkste Waffe in unserem Kampfe mit unseren Gegner ist.

Der Zentralausschuß wird Mittel und Wege zeigen müssen, die finanzielle Frage zu lösen, denn diese Frage ist heute nicht nur eine organisatorische, sondern auch eine politische Frage.

In einigen Bezirken, die für die Revolution von großer Bedeutung sind, geht es gut vorwärts trotz alledem. Bei unseren beschränkten Kräften muß die Bewältigung der daraus erwachsenden Aufgaben jedoch große Schwierigkeiten. Dies darf uns jedoch nicht abschrecken. Gelingt es uns, einen praktischen Weg zu zeigen aus dem Chaos, dann wird das Proletariat auch diesen Weg gehen. Das Kapital selbst wird es auf diesen Weg treiben.

Antrag 2. In den einzelnen Ortsgruppen sind Pressefonds zu bilden, aus dem die Unkosten für verstärkte Verbreitung der „RZ.“ sowie die Unterstützung der Expedition der „RZ.“ direkt durch Geldmittel bestritten wird. 50 Prozent des eingesammelten Pressefonds sind von den Ortsgruppen jeden Monat an den Bezirk und von dort an den ZAPU. weiterzuleiten. Als erster Beitrag beschließt die Bezirkskonferenz eine Umlage von 10 Mark. Weiterhin sollen durch die Ortsgruppen 20 Mark pro Monat und Mitglied erhoben werden.

Antrag 3. Der Bezirk Rheinland-Westfalen beantragt, daß der Bezirksleitung genau Nachricht über die Höhe, der an die einzelnen Ortsgruppen gelieferten Zeitung zugeht. Sollten Ortsgruppen mit Zeitungsresten im Rückstand bleiben, aber Zeitungen abbestellen, so ist der Bezirksleitung sofort darüber zu berichten.

Die Delegierte von Südwest berichtet, daß sie nach der Spaltung schwere Arbeit haben. Aber die Genossen scheuen weder Mühe noch Kosten und die starken Genossen finden den Weg zur alten KPD. wieder zurück, und helfen somit für unsere Grundsätze kämpfen. Sie hatten in letzter Zeit in Frankfurt, Mannheim, Speier, Ludwigshafen u. a. Orten gut besuchte öffentliche Versammlungen, welche für ein reges politisches Leben zeugen. Sie hoffe, daß auch hier die KPD. größeren Einfluß auf die Massen gewinnen wird. In Ludwigshafen nimmt augenblicklich ihre ganze Kraft die Union in Anspruch. Die Union wächst hier sehr schnell, es sind in letzter Zeit acht neue Ortsgruppen der Union entstanden, und sie müssen alles aufbieten, um diesen Zustrom zu schulen und für den Klassenkampf zu gewinnen.

Aus Mitteldeutschland berichtet der Delegierte, daß sie ein schweres Feld zu bearbeiten haben. Der ganze Bezirk lag seit der letzten Märzaktion vollständig darnieder. Es ist auch nämlich der größte Bezirk, so daß die Herstellung der regelmäßigen Verbindungen sehr schwierig ist. Doch hoffen sie mit Hilfe von agitatorischen Kräften den Bezirk wieder auf die Höhe zu bringen.

Aus Niedersachsen wird uns mitgeteilt, daß dort die KPD. schwach ist. Alle Kräfte sind in der Union eingesponnen. Sie alle sind überzeugt, daß ihnen das starke politische Zentrum fehlt, und sie werden alles daran setzen, um an dieser schweren Aufgabe intensiver zu arbeiten.

Der Delegierte von Berlin-Brandenburg erklärt zunächst, daß sie den Bezirk Berlin-Brandenburg neu konstituiert haben. Die Ortsgruppen Oberspreide, Adlershof, Spandau usw. gehören jetzt zu dem einheitlich zusammengefaßten Bezirk Berlin-Brandenburg. Er berichtet von dem schwierigen Existenzkampf der „RZ.“ und des Verlages und freue sich über die Solidarität der Reichsbezirke, vor allem über Hamburgs Vorgehen. In Berlin wurden immer die größten finanziellen und geistigen Anforderungen gestellt. Wenn alle Kräfte angespannt und verbraucht werden, muß es uns gelingen, selbst in dieser schweren Zeit, unsere Kampfmassen zu halten.

Zum Punkt Internationale hat Gen. Gröll das Wort. Er führte aus, obwohl sich die internationalen Beziehungen daher gestaltet haben, so dürfen wir uns nicht zurückziehen, sondern gerade für diese sehr wichtige Sache müsse noch viel mehr getan werden. Aber diese Arbeit wird dadurch sehr erschwert, daß wir alle Proleten sind, somit alle im Produktionsprozeß stehen und questions haben mit weniger brauchbaren Genossen zu kämpfen. Trotz dieser Schwierigkeiten stehen wir mit einigen Ländern in regem Meinungsaustausch.

Bulgarien hat für ihr kleines Land eine verhältnismäßige große „RZ.“. Nach dort sind Differenzen zwischen Führern und Masse entstanden, die eine Spaltung zur Folge hatte. Die abgesetzte Führer-Clique gab noch fünf Wochen lang eine gleichmäßige Zeitung, die „Nabotschni Jedro“, heraus (basiele Gebieten wie in Deutschland), aber kann ist alles eingestellen. Die KPD. Bulgariens hat Beschlüsse angenommen, daß die Mitglieder des Zentralrats nur gewisse Zeitschriften lesen dürfen; dann durch ähnlich erfolgt werden müssen; auch dürfen keine Intellektuellen bei Bürgerpolitik werden.

Holland. Die KPD. Hollands hat sich zur „Offener Richtung“ bekannt. Daß aber dort diesellen Differenzen wie in Deutschland bestehen, beweist, daß Rotterdamer ausgeschlossen wurde, weil er gegen Führerdiktatur sind. Der Ausschluß von Rotterdam hat gezogen.

Daß es über kleine Zeit zur „Offener Richtung“ (Schreiber-Flügel) gegangen ist, war nur möglich auf Grund einseitiger Informationen.

Rot, denn es finanziell möglich war, längere Zeit in Holland zu sein, gut dort mit denselben Sätzen operiert wie in Deutschland.

Die Genossen von Holland, die auf dem alten Programm der KPD. stehen, beginnen sich wieder zu formieren und stehen mit uns in regen Verbindung.

Mit Österreich und Amerika sind neue Verbindungen aufgenommen, und mit erwarten weitere Nachricht.

Nun zu Rußland. Wir haben direkte Nachricht, daß kein organisierte Gruppe der KPD. besteht — nur sympathisierende Genossen. Sie wahren sich gegen den Schandbrief, daß die Gruppe „Arbeiter Kommunisten“ der Komintern, die nur gegenen Kommunisten, die Mitglieder in der Offenen „RZ.“ gewesen waren, ein Mitglied angehören haben. Der Brief „Arbeiter Kommunisten“ besteht nur aus zwei Genossen, die sich in Berlin aufhalten.

Unsere Aufgabe wird es sein, die Verwirklichungen einer wirklichen KPD. in Rußland schaffen zu helfen. Das dürfte bei der politischen Geschichte, die in Rußland vorliegt, nicht leicht sein.

Die Haltung in Rußland betrachten den ganzen Schwindel der Sogenannten 4. Internationale. Diese erpreßten Abenteurer, die mit vielen Zungen und finanzieller Unterstützung von Kautsky und Co. ihr Spiel treiben, die Arbeiterklasse zu betrügen und zu knechten. Was wissen selbst die deutschen Arbeiter von dieser Arbeiter-Internationale. Die ganze Welt wird es der Öffentlichkeit, um der Arbeiterklasse verständlich zu sagen, was sie mit der verdienten Maske ihrer Gemeinheit und Niedertracht zu tun haben. Nur die Arbeiter, die die politischen Zustände kennen, können helfen, dies auf der Grundlage der KPD. Die Verwirklichung einer wahren Internationale schafft.

Von den Delegierten werden zu diesem Punkte noch einzelne wertvollen Anregungen gebracht.

Zum 4. Punkt KUSS. erhält Gen. K.-Berlin das Wort. Er gibt zunächst einen Kassenbericht. Durch die Union, Beschluß pro Mitglied 3 Mark für die KPD. abzuführen, haben sich unsere Finanzen gehoben. Es werden auch noch immer hohe Anforderungen an die KPD. gestellt. Sehr hohe Summen verschlingen die Rechtsanwaltskosten. Und immer werden neue Wiederaufnahmeverfahren beantragt und auch durchgeführt. Es ist daher nötig, die Sammeltätigkeit zu erhöhen. Immer wieder müssen wir die Bezirke ermahnen, monatliche Abrechnungen, zur besseren Uebersicht, einzusenden. Der Kassierer beantragt, die 4000 Mark, die sich der alte Hauptausschuß (Schröder, Cash, Goldberg) von der KPD. geliehen hat, niederzuschlagen, weil diese Leute jedes moralische Eintreten abgelehnt, die Gelder für die politischen Gefangenen zurückzuzahlen. Dasselbe gilt für Goldstein, der sich 500 Mark für persönliche Zwecke geliehen hat. Diesem Antrag wurde stattgegeben.

Unter Punkt Organisatorisches wird noch folgender Antrag den Mitgliedern zur Diskussion übergeben:

Der Zentralausschuß empfiehlt der Mitgliedschaft folgenden Antrag zur Annahme: „Der ZAPU. wird beauftragt den Mitgliedbeitrag von Fall zu Fall, je nach der Notwendigkeit, festzusetzen und den Bezirken rechtzeitig, mindestens 14 Tage vor in Kraft treten, davon Mitteilung zu machen. Für den Monat Oktober wird der Mitgliedbeitrag für den ZAPU. auf 10 Mark festgesetzt. Die Bezirke haben zu diesem Antrag innerhalb 14 Tagen, d. h. bis zum 8. Oktober, Stellung zu nehmen.

Nachdem noch ein Antrag von Zittau und verschiedene organisatorische Dinge erledigt sind, ist die 10. ZAPU. des Reichsausschusses zusammen indem er feststellt, daß heute ein tüchtiges Stück Arbeit geleistet worden ist. Die heutige Zentralausschußsitzung beweise, daß es notwendig ist, öfter zusammen zu kommen, um weiter fruchtbringende Arbeit für die Revolution zu vollbringen.

Ausland

Spaltung der italienischen sozialistischen Partei

Rom, 5. Oktober. (WTB.) Der Kongreß der Maximalisten beschloß für den 3. Monat nach Inkrafttreten der Bedingungen anzuschließen und alle Parteibücher, außer den „Kommunisten“ zu unterdrücken. Der Kongreß beschloß ferner, daß die Maximalisten als Mitglieder von Provinzial- und Gemeindeverwaltungen zurücktreten sollten und ernannte die Mitglieder der Parteileitung, darunter den Direktor Serrati.

Der Kongreß der Anhänger einer Mitarbeit mit den anderen Parteien wählte als Parteileitung das Blatt „Giustizia“, das in Mailand erscheint, ernannte Treves zum Direktor und beschloß, daß alle Angehörigen der Partei als Vertreter Gegenkommen in Bewegungen und Gemeinden ihren Dienst nicht aufgeben sollten. Infolge der Spaltung erteilte dieser Kongreß der Parteileitung den Auftrag, sich mit der Wiener zweieinhalbten Internationale zwecks Bildung einer wahren sozialistischen Internationale und mit den sozialistischen Gruppen der verschiedenen Parlamente zur Erzielung von Uebereinkommen über politische und gewerkschaftliche Fragen in Verbindung zu setzen.

Das ist die zweite Spaltung der Sozialdemokratie. Die erste erfolgte in Livorno, wo nur eine kleine Gruppe sich abgesplittert und sich der 3. Internationale anschloß. Es dürfte noch in lebhafter Erinnerung sein, daß damals laut Levi sehr scharf die Gleichung Serratis, der italienischen Lenin verteidigte. Serratti erklärt nun, daß er sich „gezwungen“ hat, mit Levi zu gehen.

Die zweite Spaltung, die für Moskau einen Zuwachs bringt, bedeutet den vollständigen Zusammenbruch der Aktionspolitik, die in Deutschland momentan die schärfsten Blüten zeitigt. Die Tatsache, daß die Mehrheit sich der 3. Internationale anschließt, und so nur den Namen wechselte, läßt erkennen, daß die Führung noch nicht abgeschlossen ist. Der brutale Sozialtenterrat, der in Italien wütet, wird die neue Partei genau auf dieselbe Besitzungsprobe stellen. Nach welcher Richtung sie sich entscheiden wird, ist aus der KPD. deutlich zu ersehen.

Italien vor einem Justizputsch?

Mailand, 5 Oktober. (WTB.) In der Stadt Trient sind bereits mehrere tausend Justizleute versammelt, die in verschiedenen Schlafhäusern Quartiere bezogen haben. Der Abgeordnete Farinacci hat von Trient die Mobilisierung aller Justizbeamten der Provinz Venezia angeordnet. Der Zweck des Generalmarsches wird von politischen Kreisen verschiedenen bemerkt. Der Justizminister hat die Sicherheit erklärt, daß keine Maßnahmen gegen die Fascisten geplant seien. Man vermutet, daß die Mobilisierung der Justizbeamten eine Demonstration der faschistischen Gewalten. Der deutsche Minister hat sich der Sache angenommen. Der deutsche Minister hat sich der Sache angenommen. Der deutsche Minister hat sich der Sache angenommen